

der Vorsteher des Vereins mit einer Geldbuße von Fünf bis zu Fünfzig Thalern bestraft.

§. 15. Wenn in einer Versammlung, der Vorschrift des §. 4. entgegen, den Abgeordneten der Orts-Polizeibehörde der Zutritt oder die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert worden ist, so trifft den Unternehmer und Jeden, welcher in der Versammlung als Vorsteher, Ordner oder Leiter aufgetreten ist, Geldbuße von Zehn bis Einhundert Thalern oder Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu sechs Monaten.

§. 16. Wer sich nicht sofort entfernt, nachdem der Abgeordnete der Orts-Polizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat (§§. 5, 6), wird mit Geldbuße von Fünf bis zu Fünfzig Thalern oder mit Gefängniß von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

§. 17. Wer an einer Versammlung unter freiem Himmel theilnimmt, welche gesetzlich (§. 12) oder von der Orts-Polizeibehörde (§. 9) verboten ist, oder welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften ohne vorgängige Genehmigung der Orts-Polizeibehörde (§. 10) stattfindet, wird mit Geldbuße von Einem bis Fünf Thalern bestraft. Wer zu einer solchen Versammlung auffordert oder auffordern läßt oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, wird mit Geldbuße von Fünf bis zu Fünfzig Thalern, oder mit Gefängniß von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft. Diese Strafen treffen den bloßen Theilnehmer an einer von der Orts-Polizeibehörde verbotenen Versammlung, und selbst denjenigen, welcher darin als Redner thätig war, nicht, wenn nicht das Verbot vorher öffentlich oder ihm besonders bekannt gemacht war. Wird das Verbot während der Versammlung bekannt gemacht, so kann sich wegen seiner spätern Theilnahme Niemand auf den Mangel einer frühern Erlassung oder Bekanntmachung des Verbotes beziehen.

§. 18. Wer gegen das Verbot des §. 7 in einer Versammlung bewaffnet erscheint, wird mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 19. Wer auffordert, in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt oder in einer Versammlung Waffen aushieft, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

§. 20. Die in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlungen werden als politische oder Preßvergehen nicht betrachtet (Verordnung vom 15. April 1848 §§. 2 und 3, und vom 3. Januar 1849 §§. 60 und 61); unbeschadet der Zuständigkeit der Schwurgerichte in Ansehung der politischen Vergehen, welche in Versammlungen begangen werden.

§. 21. Auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen und die Versammlungen der Mitglieder beider Kammern während der Dauer der Sitzungsperiode finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

§. 22. Personen des Soldatenstandes, welche gegen die Vorschrift des Artikels 37 der Verfassungs-Urkunde zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder zur Berathung militärischer Befehle und Anordnungen im Vereine zusammentreten, oder zu solchen Zwecken sich sonst versammeln, werden nach den Bestimmungen des §. 125 des ersten Theiles des Militär-Strafgesetzbuches bestraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Sanssouci, den 29. Juni 1849.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**

Graf v. Brandenburg. v. Lauenberg.

v. Manteuffel. v. Strottha. v. d. Heydt.

v. Rabe. Simon.

(Fortf. folgt.)

## Deutschland.

**AZC Berlin, 30. Juni.** Bekanntlich sind seit Jahren aus Anlaß des Baues verschiedener Eisenbahnen große Differenzen zwischen Actionairen und Eisenbahndirectionen eingetreten. Erstere verweigerten die Einzahlungen, weil die Directionen ihre Vollmachten überschritten; die Directionen behaupteten, die Actionaire wollten sich in Folge niedriger Coursnotirungen einseitig ihren Verpflichtungen entziehen. Lange Proceße und endlose Zeitungsstreitigkeiten waren die Folge davon, so namentlich bei Magdeburg-Wittenberg, Stargard-Posen, Kassel-Lippstadt &c. In neuerer Zeit sind besonders die Differenzen der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn mit der Berliner Börse in den Vordergrund getreten, welche zur Folge hatten, daß die dortige Direction gegen die hiesigen Actionaire, größtentheils Berliner Banquiers, flagbar wurde. — Am 29. d. M. sind die Proceße in einer Sitzung des hiesigen königl. Stadtgerichts unter dem Vorstehe des Stadtgerichtsrathes Jost entschieden worden, und zwar zu Gunsten der Direction. Die klagende Gesellschaft war durch den ausgezeichneten Rechtsanwalt Hrn.

Gall (bekannt aus dem Polen-Proceß), die hiesigen Verklagten durch den Rechtsanwalt Furbach vertreten. Das Object beträgt weit über eine halbe Million Thaler. Das Resultat wird bei der Lage der Sache viel Aufsehen machen. — Der österreichische Gesandte, Hr. Prokesch v. Osten, hat in diesen Tagen eine Privatwohnung unter den Linden im Hause des Barons Bencke v. Gräbzig bezogen. Es ist dies deshalb bemerkenswerth, weil man vielseitig die Vermuthungen äußern hörte, daß Herr Prokesch eine eigene Wohnung bisher deshalb noch nicht bezogen habe, weil er selbst nicht an die Dauer seines Hierseins glaube.

**Frankfurt, 30. Juni.** Die „D.-P.-Z.“ meldet im amtlichen Theile: „Der Reichsverweser hat beschlossen, zur Herstellung seiner Gesundheit sich auf einige Wochen nach Bad Gastein, im Salzburgischen, zu begeben, und hat die Reise dorthin heute angetreten. Während der Abwesenheit des Reichsverwesers vom Sitze der Centralgewalt wird der Reichsminister, Generalleutnant Jochmus, bei der Person Sr. kaiserl. Hoheit verweilen, um die Verbindung mit dem Ministerium zu unterhalten und die Verfügungen des Reichsverwesers mit der erforderlichen Gegenzeichnung zu versehen.“

**Köln, 1. Juli.** In Folge der noch fortwährend nach Baden ziehenden Truppenabtheilungen, ist die hiesige Garnison so bedeutend vermindert worden, daß gegenwärtig außer einiger Artillerie nur noch 2 Bataillone des 34. und 1 Bat. des 26. Infant. Regts. zu 1000 Mann, 1 Bat. des 29., 1 Bat. des 16. und 2 Comp. des 37. Infant.-Regts. (welch letztere auf Friedensfuß gestellt) sich hier befinden. Die ganze Cavallerie bildet 1 Schwadron des 4. Dragoner-Regiments. — Die badischen Offiziere, ungefähr 30 an der Zahl, welche seit einiger Zeit hier anwesend sind, haben plötzlich vom Obercommando der preuß. Armee in Baden Befehl erhalten, bei der vorzunehmenden Reorganisation der badischen Truppen nach Heidelberg zurückzukehren. Dieselben nahmen auf der heutigen Wachtparade Abschied von der hiesigen Garnison und werden noch heute abreisen.

**Wesel, 29. Juni.** Es sind nun ungefähr fünf Wochen, daß das Coester Landwehrbataillon hier in Garnison liegt. Wie es heißt, wird es uns bald wieder verlassen, indem ein Befehl des Kriegsministers angelangt ist, das sämmtliche nicht mobile Bataillone in Hinsicht ihrer Garnisonen wechseln sollen; jedoch soll der Commandant darauf angetragen haben, es hier zu belassen. Vom 17. Infanterieregiment sind viele Kriegsfreserven einberufen, worunter 12 aus hiesiger Stadt. Auch ist wiederum eine Compagnie Fußartillerie nach Baden hinbeordert, welche bereits heute mit dem Dampfschiff hinauf spedirt ist, jedoch mit Zurücklassung der Geschütze.

\*\*\* **Gotha, 30. Juni.** Die Versammlung der hier tagenden vormaligen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung hat als Endresultat ihrer Berathungen (dieselben gingen mit der gestrigen Sitzung zu Ende) nach vielem Debattiren eine Erklärung erlassen, die ich Ihnen nachstehend mittheile. Die Erklärung ist mit 130 Unterschriften versehen; die Zahl der Anwesenden war 143.

„Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde.“

Das Ergebniß der darüber in Gotha am 26., 27. und 28. Juni d. J. gehaltenen Besprechungen fassen sich in nachstehenden Sätzen zusammen: 1) Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatsache nicht verschließen, daß die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Dahingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorne Einigungspunkt möglicherweise wiederfinden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und vom Bürgerkriege zerfleischte Vaterland, eben so dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerlässlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus — und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat. 2) Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung